

ZA-Archiv Nummer 6344

**Ostdeutschland - Lebenslagen
und soziale Strukturen 1990**

A. Kretzschmar / D. Lindig

Methodenbericht zur Untersuchung:

Ostdeutschland: Lebenslagen und soziale Strukturen im Umbruch

Der hiermit übergebene Datensatz wurde im Rahmen eines Projekts erhoben, mit dem die Forschungsgruppe¹ den sozialstrukturellen Wandel in Ostdeutschland langfristig forschend begleiten will. Die Erhebung der Daten erfolgte vom 11. bis 20. Juni 1990, also am Vorabend des Inkrafttretens des Vertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten. Der sozialwissenschaftlichen Forschung bot sich zu diesem Zeitpunkt historisch letztmalig die Chance, real-sozialistisch geprägte Lebensbedingungen und soziale Strukturen gleichsam "im Feld" beobachten und entsprechende Daten erheben zu können. In dem Bemühen, diese Chance unbedingt wahrzunehmen und möglichst viele Informationen und Daten zu erheben, kam es allerdings zu einigen Mängeln im Fragebogen, die bei etwas mehr Vorbereitungszeit (vor allem für den Pretest) sowie längerer Zusammenarbeit der Projektgruppe (das BISS war erst im April 1990 gegründet worden, die Projektgruppe hatte kaum theoretischen Vorlauf und methodische Erfahrungen in der Sozialstrukturforschung) vermieden worden wären.

Bei der Arbeit mit den vorliegenden Daten ist zunächst vor allem die konkrete soziale Situation zum Erhebungszeitraum zu berücksichtigen: Seit dem Herbst 1989 hatten sich die politischen Ereignisse geradezu überschlagen. Eine über Jahre und Jahrzehnte hinweg weitgehend erstarrte und "in sich ruhende" Gesellschaft sowie deren soziale Struktur waren in Bewegung gekommen. Gleichsam über Nacht hatten sich nicht nur neue politische, sondern auch viele neue soziale Realitäten

herausgebildet, die im völligen Kontrast zur bisherigen Lebenserfahrung eines erheblichen Teils der Ostdeutschen standen (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Entlassungen, Revitalisierung privaten Eigentums an Produktionsmitteln, massenhafte, millionenfache unmittelbare Konfrontation mit der sozialen Situation und dem Wohlstand in den alten Bundesländern, anhaltende Massenabwanderung in die Alt-Bundesländer, parlamentarische Demokratie, Wahlkampf, Pressefreiheit, usw. usf.; die Zeitungen jener Tage vermitteln ein anschauliches Bild jener Umbruchssituation). Insofern bilden die vorliegenden Daten zwar real-sozialistisch geprägte Lebensbedingungen ab, zugleich aber sind es in mancherlei Hinsicht bereits nicht mehr die für die DDR über die Jahre ihrer Existenz hinweg typischen, "normalen" Lebensumstände².

In gravierendem Gegensatz zur bisherigen Erfahrung der DDR befand sich der Bürger in jener Zeit auch in erheblicher Ungewißheit bezüglich der Zukunft: Zwar zeichnete sich damals bereits klar ab, daß es zur einer Vereinigung beider deutscher Staaten und zur Übernahme des Gesellschaftsmodells der (alten) BRD kommen würde, zugleich aber war weitgehend unklar und selbst unter Experten äußerst umstritten, wie es hinsichtlich vieler Probleme im Konkreten "weitergehen" würde. Das betraf z.B. solche drängende Probleme wie das endgültige Umtauschverhältnis Ost-/ Westmark, die Perspektiven des ehemals genossenschaftlichen Eigentums in der Landwirtschaft, die konkrete Formen der Reprivatisierung von volkseigenen Betrieben und Einrichtungen, die künftige Ausgestaltung der sozialen Sicherung, eigentumsrechtliche Fragen, die Anerkennung bestimmter Bildungs- und Qualifikationsabschlüsse, das Überleben und die Perspektiven bestimmter Institutionen und nicht zuletzt

auch die die "Übernahmechancen" von Personen mit bestimmten Berufen und Qualifikationen. Zu den Besonderheiten der sozialen Situation zum Erhebungszeitpunkt gehört weiterhin, daß die Bewältigung des "Alltags", vor allem die bevorstehende Währungsumstellung, in jenen Tagen und Wochen den Menschen in Ostdeutschland einen extrem hohen Zeitaufwand abverlangte (so waren z.B. mehrstündige Wartezeiten in den Sparkassen und Geldinstituten damals -über Monate hinweg- die Regel). Mit der politischen und sozialen Realität hatte sich zum Zeitpunkt der Erhebung bereits auch die Sprache verändert, in der (jedenfalls in den Massenmedien und der "offiziellen" Ideologie) die veränderte Realität artikuliert wurde ("Arbeitnehmer" versus "Arbeiter"; "Beamte" versus den -negativ besetzten- Terminus "Angestellte"; "Lohnabhängige" ; "Geistesschaffende" versus "sozialistische Intelligenz"; "neuer Mittelstand " versus "Handwerker und Gewerbetreibende"; "Kurzarbeit Null"; "in Abwicklung"; "Einzelbauer" bzw. "Bauer" versus "Genossenschaftsbauer"). Damit aber ergaben sich nicht nur für die Probanden gewisse Probleme beim Verständnis bestimmter sozialstruktureller Kategorien und der Entscheidung für die entsprechenden Antwortvorgaben. Auch die Angehörigen der Projektgruppe standen in dieser Situation vor der Frage, in welcher Begrifflichkeit und mit welchen Termini sie sich an die Probanden wenden sollten. In dieser Situation entschieden wir uns dafür, eine Sprache und solche Termini zu verwenden, die den Denkgewohnheiten und Sozialisationserfahrungen der Probanden und der (typischen) sozialen Realität der DDR in möglichst hohem Maße entsprechen sollten. Bei dieser Entscheidung waren wir uns bewußt, daß damit eine zweifelsfreie und eindeutige Zuordnung der Probanden zu bestimmten Gruppen/Lagen/Kategorien, die an

westlichen Theorieansätzen orientiert sind, erschwert würde. In diesem Sinne vermitteln gerade einige Widersprüche, die im vorliegenden Datensatz enthalten sind, wie noch zu zeigen sein wird, zugleich durchaus interessante Informationen darüber, wie bestimmte sozialstrukturelle Indikatoren bzw. Begriffe von Teilen der DDR-Bevölkerung verstanden wurden.

Entsprechend den oben angedeuteten Besonderheiten (sowohl der Erhebungssituation als auch der Projektgruppe), sollte diese Erhebung als umfassende empirische Grundlage für die künftige theoretische Arbeit eine Fülle von Daten erbringen (auch über den Rahmen dessen hinaus, was die Projektgruppe aktuell bewältigen konnte).

Der dabei verwandte Fragebogen zielte inhaltlich auf vier Komplexe von Informationen:

Erstens sollte er Daten erbringen, die es der Projektgruppe ermöglichen, die sozialstrukturelle Verortung des Probanden möglichst umfassend zu charakterisieren. Diesem Zweck dienten die Angaben der Probanden zu ihrem Erwerbsstatus (Berufstätige, Nichtberufstätige, Rentner, Studenten, Lehrlinge, Arbeitslose, Hausfrauen/Hausmänner etc.), zum sozialökonomischen Status (wirtschaftlich Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Mitglied einer Genossenschaft, Lohnabhängiger), zur Stellung in der Organisation der Arbeit (leitende-nichtleitende Tätigkeit; Leiter unterschiedlicher Ebenen), zum Tätigkeitsbereich bzw. Wirtschaftsbereich (Industrie, Staatsapparat, Gesundheits- bzw. Sozialwesen etc.), der territorialen Position bzw. dem Siedlungstyp (Großstadt, Dorf etc.). Diese Informationen sollten

es der Projektgruppe ermöglichen, jeden Probanden möglichst eindeutig einer sozialstrukturellen Gliederung bzw. Soziallage zuzuordnen.

Zweitens ging es darum, mit Hilfe des Fragebogens "askriptive" Merkmale des Probanden zu fixieren (Geschlecht, Lebensalter, Familienstand, soziale Herkunft). Diese Merkmale kennzeichnen zugleich soziale Mechanismen der Allokation der Probanden im Gefüge sozialer Ungleichheit.

Drittens wurden Daten erhoben, die ein möglichst umfassendes Bild von den Lebensbedingungen der Probanden vermitteln. Dabei wurden 11 Dimensionen der Lebensbedingungen unterschieden:

1. Einkommen (Pro-Kopf-Netto-Einkommen, "Nebeneinkommen", Haushalt-Netto-Einkommen);
2. Arbeitsbedingungen (Schwere/Einseitigkeit körperlicher Anforderungen, Kompliziertheit geistiger Anforderungen, Gesundheitsgefährdung, Entscheidungsspielräume);
3. Wohnbedingungen (Wohnungsgröße, Wohnkomfort, Eigentumsform, Wohngebiets- und Haustyp);
4. Soziale Sicherung (Sicherheit des Arbeitsplatzes und der Wohnung, Chancen bei Arbeitsplatzverlust);
5. Bildungs- und Qualifikationsniveau (weniger als 8 Klassen, Abschluß 8.Klasse, Abschluß 10.Klasse, Abschluß 12.Klasse; Un- und Angelernte, Teilfacharbeiter, Facharbeiter, Fachschulabschluß, Hochschulabschluß, Promotion A und B) ;
6. Macht (Zugehörigkeit zum Apparat von Staat und Parteien, Machtposition im Betrieb/Organisation, ökonomische Macht, Gegenmachtposition bzw. Partizipation im Betrieb/Organisation; Position im öffentlichen politischen Leben);

7. Territoriale Reproduktionsbedingungen (Ausstattung des Wohngebiets mit Einrichtungen des Gesundheitswesens, des Handels, der Dienstleistungen, der Kultur usw.);
8. Besitz (Grund und Boden, Hausbesitz usw.);
9. Umwelt (Belastung des Wohngebiets durch Schadstoffe, Lärm usw.);
10. Prestige (Einschätzung von 26 Berufen / Tätigkeiten/ Positionen);
11. Mobilitätschancen (Möglichkeiten zur Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen durch berufliche und soziale Veränderung).

Die dabei gewonnenen Informationen sind von unterschiedlicher Güte bzw. Qualität. Während hinsichtlich einiger Lebensbedingungen objektivierte und quantifizierbare Zustände bzw. Sachverhalte abgebildet werden (z.B. Wohnfläche, Wohnräume, Einkommen, Besitz), handelt es sich bei anderen (z.B. den Arbeitsbedingungen) um die an den subjektiven Maßstäben der Probanden gemessene Einschätzung und Wahrnehmung der Lebensbedingungen. Bei der Dimension "Prestige" wurde wegen fehlenden methodischen Vorlaufs nicht der "Ist-Zustand", sondern die vom Probanden wahrgenommene Veränderung erfragt. Angesichts einiger DDR-spezifischer Besonderheiten (Unschärfe vieler Berufsbilder im Massenbewußtsein als Folge häufiger Veränderungen von Berufsbezeichnungen, relativ geringes öffentliches Interesse an der Prestigeproblematik) ließen wir nicht nur (in engerem Sinne) Berufe, sondern auch Tätigkeiten/soziale Funktionen/Positionen durch die Probanden einschätzen.

Viertens ging es darum, mit Hilfe des Fragebogens einen Einblick zu erhalten, wie die jeweiligen Lebensbedingungen von den

Probanden subjektiv erlebt und bewertet werden. Ein entsprechender Komplex von Fragen zielte auf grundlegende Wertorientierungen (Grundüberzeugungen), die Bewertung der Lebensbedingungen insgesamt, wie auch ihrer einzelnen Dimensionen (Zufriedenheit/Unzufriedenheit), auf Meinungen und Einschätzungen zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Prozessen (Parteienpräferenzen, Verhältnis zur DDR, deutscher Einigungsprozeß usw.). Nicht zuletzt wollten wir auch in Erfahrung bringen, welche Erwartungen die Probanden in bezug auf ihre zukünftigen Lebensbedingungen haben.

Im Juni 1990 erfolgte eine Befragung der wahlberechtigten deutschen Wohnbevölkerung (im Alter über das vollendete 18. Lebensjahr hinaus) in allen Bezirken der damaligen DDR. Die Untersuchung stellt damit einen repräsentativen Querschnitt von ca. 12 Millionen Bürgern im wahlfähigen Alter dar (Stand März 1990: 12,4 Millionen). Eine Wiederholungsuntersuchung ist für Anfang 1993 geplant.

Die Untersuchung beruhte auf einer Stichprobenerhebung. Nach Angaben des mit der Feldarbeit beauftragten Berliner Meinungsforschungsinstituts "Concret" wurden aus dem zentralen Melderegister der DDR für die Gesamtheit "Wohnbevölkerung der DDR (DDR-Statsangehörige) im wahlfähigen Alter (vollendetes 18. Lebensjahr und älter)" eine nach Bezirken der damaligen DDR und Ortsgrößenklassen ("über 100 000", "20 000 bis 100 000", "2000 bis 20 000", "unter 2000 Einwohner") geschichtete Stichprobe (gewährleistet wurde eine proportionale Verteilung entsprechend der Bevölkerungsstruktur) mit einem Umfang von $N = 2000$ nach dem Zufallsprinzip gezogen (Stichtag: 01.06.1990). Die Befragung erfolgte als face-to-face-Interview. Die dabei ergangenen Instruktionen bezüglich der Beachtung von Filter- und

Abhängigkeitsfragen und zur "Führung" der Probanden wurden von einigen Interviewern offenbar nicht hinreichend beachtet und die diesbezügliche Möglichkeit, einige Schwächen in der Konstruktion des Fragebogens zu kompensieren, nicht konsequent wahrgenommen. Nach standardisierten Begehungsregeln wurden 1.305 Interviews realisiert. Genauere Angaben zur Struktur der Ausfälle wurden uns vom durchführenden Meinungsforschungsinstitut nicht zur Verfügung gestellt. Die Ursachen dieser relativ hohen Ausfallquote von Probanden sind vielschichtig: Im Zeitfonds der Angesprochenen -das Pfingstfest stand unmittelbar vor der Tür- situativ begründete Verweigerungen; Verweigerungen aus prinzipiellen Erwägungen (Zweifel am Sinn solcher Untersuchungen); Ängste und Befürchtungen vor dem "Ausgehörtwerden"; Abbrüche infolge der Überlänge des Fragebogens; Qualifikation der Interviewer. Hinzu kamen stichprobenneutrale Ausfälle (Nichtantreffen der Probanden durch Wegzug nach Westdeutschland; falsche Adressen).

Ein quantitativer Nachweis der einzelnen Ursachen für die Ausfälle von Probanden ist nicht möglich.

Trotz der Ausfälle bildet die Stichprobe die Grundgesamtheit zufriedenstellend nach (vgl. Übersicht 1). Frauen sind in unserer Stichprobe leicht überrepräsentiert; Personen mit einem Lebensalter über 60 Jahren sowie Personen ohne beruflichen Abschluß, Teilfacharbeiter oder auch Facharbeiter sind unterrepräsentiert. Berufstätige in der sozialistischen Wirtschaft (ohne PGH) mit Hoch- und Fachschulabschluß hingegen sind überrepräsentiert. Ob dies auch für die nichtberufstätige Wohnbevölkerung im wahlfähigen Alter zutrifft, kann nicht bewertet werden, da es hierzu keinen Vergleichswert aus der zentralen Statistik gibt. Bezüglich des Familienstandes

unterschätzt die Untersuchung den Anteil der Ledigen/Geschiedenen; überproportional vertreten erscheinen in der Stichprobe die Verheirateten.

Auf eine (unter den Fachleuten umstrittene) Gewichtung wurde verzichtet. Nutzer des Datensatzes sollten diese Abweichungen der Stichprobe von der Gesamtheit bei der Interpretation der Daten bzw. in weitergehenden Analysen berücksichtigen.

Übersicht 1:

	DDR- Bevölkerung	SL-90- Stichprobe	SOEP-90 Stichprobe
----- Stand: Juni 1990; Angaben in Prozent -----			
1. Erwerbsstatus:			
- Berufstätige	70,0	75,3	75,2
- Nichtberufstätige	30,0	24,7	24,8
2. Altersgruppen:			
18 - unter 25	13,2	8,8	12,7
25 - unter 40	30,6	36,5	36,0
40 - unter 60	32,5	33,6	35,1
60 und älter	23,7	21,1	16,3
3. Geschlecht			
- männlich	46,9	42,2	47,4
- weiblich	53,1	57,8	52,6
4. Familienstand:			
- ledig und Lebensgemeinschaft	37,1	17,4	16,5
- verheiratet	49,2	68,2	70,7
- verwitwet	7,7	7,8	6,5
- geschieden	6,0	6,6	6,2

5. Qualifikation:
(nur Berufstätige)

	Berufstätige i.d. soz.Wirt- schaft (ohne PGH)* Stand: September	Teilstichprobe Berufstätige i.d. soz. Wirtschaft (ohne PGH)** Stand: Juni 1990
- kein beruflicher Abschluß	13,0	6,4
- Facharbeiter	60,7	50,3
- Meister	4,1	4,5
- Fachschulabschluß	14,1	23,3
- Hochschulabschluß	8,1	15,5

Anmerkung:

1-Bei dem SOEP (Sozioökonomisches Panel) des DIW (1.Welle-DDR; Juni 90) handelt es sich um eine repräsentative Erhebung von Mikro-Längsschnittdaten für Personen, Haushalte und Familien in der DDR. Der obigen Gegenüberstellung wurden alle Personen der Haushalte im wahlfähigen Alter zugrundegelegt.

2-* berechnet nach Angaben des Gemeinsamen Statistischen Amtes der neuen Bundesländer;

3-*** Rechnerisch aus der Stichprobe herausgelöste Teilpopulation.

90,7 % der Missings zu den sozialstrukturellen Variablen sind systemdefinierte fehlende Werte. Die 9,3 Prozent benutzerdefinierter Missings resultieren überwiegend aus (nachträglich eingebauter und per Rechner realisierter) Filterführung. Bei einem Teil der Angaben, die - im Kontext aller Struktur- und demografischen Merkmale des jeweiligen Probanden - offensichtlich falsch sein mußten bzw. sind, entschied sich die Projektgruppe für die manuelle Vergabe eines Missings.

Während sich die Systemmissings auf die Fragen

- 3 (Dauer der Arbeitslosigkeit),
- 13 (Zahl der Mitarbeiter bei Selbständigen),
- 22 (Leitungsebene),
- 12 (Industriezweig),
- 2 (Erwerbsstatus)

konzentrieren, kumulieren die User-Missings bei den Fragen :

- 71 A1 (Beschäftigungstyp),
- 26 A1 (Schichtsystem),
- 9 (Wirtschaftsbereich beruflicher Tätigkeit),
- 6 (Eigentumsform des Betriebes /Institution),
- 21 (Ausübung einer Leitungsfunktion).

Auf einige Probleme der Auswertung von Antworten und auf einige Erklärungsmomente für deren Entstehen sei im folgenden aufmerksam gemacht.

Frage 1 / Frage 2:

Probanden mit einem "Übergangsstatus" bzw. einer zeitweiligen Besonderheit im Erwerbsstatus hatten es schwer, sich eindeutig zuzuordnen. Für offensichtlich falsche Zuordnungen wurden bei 21 Probanden (1,6% der Gesamtheit) user missings vergeben.

Einige "Mütter im Babyjahr" gingen vom geltenden DDR-Recht aus, wonach sie weiterhin berufstätig sind und ordneten sich dementsprechend ein. Ein geringerer Teil von ihnen wählte hingegen die (dem faktischen Zustand entsprechende) Antwortvorgabe "nichtberufstätig". Ebenso entschieden sich berufstätige Alters- bzw. Invalidenrentner teils für "berufstätig", teils für "nicht berufstätig". Frage 1 kann deshalb nicht als Filter zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen betrachtet werden. Zur Lösung des damit verbundenen Problems hat die Projektgruppe auf der Grundlage weiterer Angaben zum Beschäftigungsstatus der Probanden die zusätzliche Variable "Erwerbstätigkeit" mit den Ausprägungen

"Erwerbstätige", "Nichterwerbstätige" und "Sonstige" konstruiert, denen dann jeder Proband zugeordnet werden konnte.

Frage 4A1 nach "wirtschaftlicher Selbständigkeit" als dem sozialökonomischen Status wurde - vor allem von weiblichen Probanden - mißverstanden. Offensichtlich interpretierten ein Teil unserer Probanden (2,8 % der Gesamtheit)

"wirtschaftliche Selbständigkeit" als "wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ehe- bzw. Lebensgefährten". Frage 4A1 kann deshalb nicht als alleiniger Indikator für die Zugehörigkeit zur Gruppe der "Selbständigen" verwendet werden.

Als ergänzender Faktor sind unter anderem die Antworten auf die Frage 6 (Eigentumsform des Betriebes) zu nutzen.

Bei der Beantwortung der Frage 4A2 ("mithelfender Familienangehöriger") zeigte sich, daß mit diesem Terminus zwar ähnliche, aber doch unterschiedliche Sachverhalte bezeichnet wurden. 10 der 25 Probanden, die sich als "mithelfende Familienangehörige" bezeichneten, ordneten sich gleichzeitig als "wirtschaftlich nicht selbständig", "Mitglied einer PGH", bzw. als "wirtschaftlich selbständig" ein. Um dennoch mit der Variable "mithelfende Familienangehörige" arbeiten zu können sind weitere Fragen (z.B. 5 und 6) als Kontrolle anzuwenden.

Zu den Gründen für diese Fehlzurordnung der Probanden gehören:

Der (in der Realität meist jedoch: "die") mithelfende Familienangehörige kann einerseits den Status eines Berufstätigen haben: er (sie) hat einen "Arbeitgeber", ist steuerlich erfaßt und gemeldet, entsprechend versichert, hat Anspruch auf Urlaub etc., der Ehepartner bzw. Familienangehörige, der als "Selbständiger" zugelassen ist, führt entsprechende Steuern und Beiträge ab. Daneben gibt es auch eine informelle, mehr oder weniger sporadische Form der

Mithilfe des Ehepartners von Selbständigen. Der ("mithelfende") Ehepartner bzw. Familienangehörige ist selbst nicht berufstätig im genannten Sinne, hilft aber bei Bedarf mehr oder weniger regelmäßig im Geschäft bzw. Unternehmen mit. Einige Probanden wiederum interpretierten diese Frage in dem Sinne, daß sie ihrem Lebensgefährten im Haushalt helfen.

Frage 4A3, die auf die Mitgliedschaft in produzierenden Genossenschaften zielte (LPG, PGH), wurde von einigen (überwiegend von weiblichen) Probanden mißverstanden; hier trugen sich (offenbar bei der Konsumgenossenschaft beschäftigte) Verkäuferinnen bzw. Leiter(innen) ein.

Frage 10, die auf die Selbsteinordnung der Probanden in die Sozialstruktur zielte und ohnehin schwierig zu beantworten ist, da objektive Abgrenzungs- bzw. Zuordnungskriterien unscharf sind, bereitete 8,7 % der Probanden Schwierigkeiten. Dazu gehörten vor allem, der alten offiziellen DDR-Ideologie folgend, Angestellte, die sich selbst als "Arbeiter" einordneten (Verkäuferinnen, Kassiererinnen, Krippenerzieherinnen, usw.).

Die Beantwortung der Frage 13 zeigte, daß die Vorgabe "Gruppe der Selbständigen" von einigen Probanden nicht sozialökonomisch, sondern arbeitsfunktionell (im Sinne von "Entscheidungsbefugnis bzw. Autonomie am Arbeitsplatz und Weisungsbefugnis gegenüber Unterstellten") verstanden wird. Dementsprechend lag die Zahl der Antworten auf diese Frage über der Zahl der Probanden, die der Gruppe der Selbständigen zugehören.

Bei der Interpretation der Daten zu den Fragen 19 und 20 ist zu berücksichtigen, daß die 10-Klassen-Schulpflicht erst 1959 eingeführt wurde; 45-jährige und ältere Probanden können als

Folge des DDR-spezifischen Bildungs- und Ausbildungssystems sowie der ebenfalls spezifischen Rekrutierungsmechanismen und Zugangswege zu höherer beruflicher Qualifikation durchaus eine hohe berufliche Qualifikation und gleichzeitig einen nur relativ niedrigen allgemeinbildenden Abschluß haben.

Frage 71 unterstellte noch die alte Beschäftigungssituation in der DDR und unterschied lediglich die Vorgaben "ganztags beschäftigt" und "teilzeitbeschäftigt". Das erschwerte jenen Probanden die Antwort, die zum Erhebungszeitpunkt bereits zu Kurzarbeit genötigt waren (das Wort "Kurzarbeit Null" entstand in jener Zeit).

Die Beantwortung der Fragen 21 und 22 weist darauf hin, daß im Massenbewußtsein der Terminus "Leiter" semantisch offenbar mehrfach besetzt ist:

Einerseits bezeichnet er eine bestimmte arbeitsteilige Beziehung zwischen "Vorgesetzten" und "Unterstellten". Ein Leiter hat in diesem Sinne nachgeordnete und ihm unterstellte Beschäftigte, denen gegenüber er weisungsberechtigt ist. Andererseits wird mit diesem Terminus eine bestimmte soziale Position und die daran geknüpfte Verantwortung bzw. Verantwortlichkeit für ein bestimmtes Sachgebiet verstanden, ohne daß damit personelle Unterstellungsverhältnisse und entsprechende Weisungsbefugnisse einhergehen (z.B. als Verkaufsstellenleiter eines nur mit einer Arbeitskraft besetzten Dorfkonzums). Neben diesen an die berufliche Erwerbstätigkeit gebundenen Bedeutungen wird der Terminus "Leiter" im Massenbewußtsein schließlich auch auf Positionen und Funktionen außerhalb der bezahlten Erwerbstätigkeit bezogen (z.B. "Leiter" im Sinne eines "ehrenamtlichen" Vorsitzenden einer Wohnungskommission). Diese Mehrdeutigkeit bereitete einigen Probanden offenbar

Schwierigkeiten und führte zu gewissen Diskrepanzen in der Beantwortung der an "Leiter" gerichteten Fragen.

Bei der Auswertung der Fragen 38, 42, 44 wurde davon ausgegangen, daß die vorgegebenen Sachverhalte nicht von allen Probanden gleichermaßen kompetent zu beantworten waren.

So konnten die Teilfragen 38 f, g, h, p; 42 f, g, h, p, und 44 f, g, h, p kompetent nur von Erwerbstätigen beantwortet werden. Für Antworten von Nichterwerbstätigen auf diese Fragen (zwischen 3,2 und 15 % der Probanden) wurden user missings vergeben.

Die Vorgaben d, e, f, g, h und p beziehen sich in diesem Sinne nur auf Erwerbstätige und wurden dementsprechend ausgewertet.

Anmerkungen:

1) Zum Zeitpunkt der Vorbereitung und Durchführung der Untersuchung gehörten zur Projektgruppe (gänzlich bzw. mit einem Teil ihres Arbeitsmögens) :

Dr. sc. Frank Adler; Dr. sc. Irene Müller-Hartmann;
Dr. Gabriele Valerius; Dr. Petra Wolf- Valerius; Dr. sc. Dieter Lindig ; Dr. Norbert Prüfer; Prof. Dr.sc. Albrecht Kretzschmar.
Dr.sc.Müller- Hartmann und Dr. Prüfer sind später aus der Projektgruppe ausgeschieden.

2) Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, wurde unter Nutzung des umfangreichen Materials der zentralen staatlichen Statistik im Rahmen des Projekts ein Datenreport erstellt. In ihm werden Daten (größtenteils in Zeitreihen) zu ausgewählten Aspekten der Lebensbedingungen und der sozialen Strukturen zu früheren Zeitpunkten der Existenz der DDR erfaßt und aufbereitet. (Vgl. hierzu: Dieter Lindig: Datenreport zum Thema "Lebenslage der Bevölkerung der DDR vor und nach dem gesellschaftlichen Umbruch".Berlin, BISS, 1990).